Bern, 3. August 2011

Medienmitteilung

Nicht der Lohnausweis zählt, sondern das effektiv verfügbare Einkommen!

Die FDP will, dass dem Bürger Ende Monat möglichst viel Geld im Portemonnaie verbleibt.

Die Gewerkschaft Travail.Suisse fordert für das nächste Jahr 1.5 bis 3 Prozent mehr Lohn und weitere Zusatzleistungen. Für die *FDP.Die Liberalen* ist klar, Lohnerhöhungen sind im Umfeld des starken Frankens für viele KMU schlicht unmöglich: Die Margen sind tief, viele Firmen wirtschaften bereits in der Verlustzone. Eine Erhöhung der Arbeitskosten bedroht diese Unternehmen in ihrer Existenz und gefährdet damit tausende von Arbeitsplätzen. Die Stelle zu verlieren trifft die Arbeitnehmer viel härter als eine bescheidenere Lohnerhöhung. Doch Linke und Gewerkschaften machen immer den gleichen ideologischen Fehler: Sie starren auf den Lohnausweis, statt aufs effektiv verfügbare Einkommen. Sie lernen nichts von den Schuldenkrisen südeuropäischer Staaten, wo militante Gewerkschaften und Linke die Industrie aus der Wettbewerbsfähigkeit gedrängt haben. Sie ignorieren den einzigen, der Schweiz offen stehenden, relativ einfachen Weg, damit alle Bürger Ende Monat mehr Geld im Portemonnaie haben: Dazu braucht es erstens ein kategorisches Nein zu allen Ausbauforderungen der Linken im Sozialbereich, denn dieses Träume kostet Lohnnebenkosten und Steuern und verringert das verfügbare Einkommen Ende Monat. Die Sanierung defizitärer Sozialwerke soll zudem ausgabenseitig und nicht über neue Steuern und Lohnnebenkosten erfolgen. Zweitens müssen Staat und staatsnahe Betriebe ihre Leistung effizienter und billiger erbringen. Weniger Steuern und tiefere Gebühren für Wasser, Kehrtafelfuhr und Post zahlen sich sofort aus im Portemonnaie des Bürgers. Wir wollen, dass nicht der Staat mehr Geld einnimmt, sondern dem Bürger jeden Monat möglichst viel Geld im Portemonnaie verbleibt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Travail.Suisse entlarvt ihre wirtschaftsschädigenden Forderungen selber, indem sie anerkennt, dass Lohnerhöhungen für viele Unternehmen in der schwierigen momentanen Situation dramatische Folgen hätten. Solche Firmen will die Gewerkschaft gütigerweise verschonen. Jenen hingegen, welche sich gerade noch über Wasser halten können, soll die zusätzliche Last höherer Lohnkosten trotzdem aufgehalst werden. Das ist verantwortungslos.

Die sozialen Ausbaupläne der Linken und Gewerkschaften setzen dem verfügbaren Einkommen der Bürger zu. Sechs Wochen Ferien, hohe Mindestlöhne, ein fünftägiger Weiterbildungsanspruch ebenso wie die Sanierung von Sozialwerken nur über höhere Lohnprozente: Mit ihren Forderungen nach mehr Sozialausbau sind die Linken und Gewerkschaften selber verantwortlich, dass die Arbeitnehmer nicht mehr Geld zur Verfügung haben und immer mehr Unternehmen Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. Mehr Sozialabgaben, Steuern und teure Staatsleistungen sorgen dafür, dass Ende Monat weniger im Portemonnaie bleibt und Arbeitsplätze verloren gehen.

Nationalrat Markus Hutter spricht Klartext:

„Linke und Gewerkschaften zerstören mit überrissenen Lohnforderungen, Vorschlägen für den Ausbau des Sozialstaats sowie neuen Steuern und Abgaben Arbeitsplätze. Sie haben von Europas Schuldenkatastrophe nichts gelernt. Das Motto der SP – ‚Für alle statt für wenige‘ – ist falsch, denn ihre Politik bedeutet: ‚für alle weniger‘! Die Antwort der FDP auf solche Forderungen ist ein kategorisches Nein!“

Medienkonferenz „Taten statt Worte für das Portemonnaie des Mittelstands“ vom 5. Mai 2011:

<http://www.fdp.ch/kommunikation/26-medienmitteilungen/561-taten-statt-worte-fuer-das-portemonnaie-des-mittelstands.html>

Kontakte:

› Nationalrat Markus Hutter, Vizepräsident FDP.Die Liberalen, 079 430 24 76
› Nationalrat Ruedi Noser, 076 355 66 64
› Noël Blancpain, Kommunikationschef, 078 748 61 63
› Philippe Miauton, Pressesprecher, 079 277 68 41